

Themen in dieser Ausgabe:

- unsoziale Politik ...!
- Gerechtigkeit ...!
- Gesundheitswesen ...!
- Verarmungsrisiko ...!
- Kriegswerbung ...!
- Hartz IV ...!
- ARD und ZDF ...!
- Die Würde ...!
- Montagsdemo aktuell !

Kritik unerwünscht: Die Hartz-IV-Rebellin

„... Eine Jobcenter-Mitarbeiterin lehnt sich gegen das System auf: In ihrem Blog fordert Inge Hannemann die Abschaffung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger. Jetzt hat das Jobcenter in Altona die Rebellin freigestellt. [...] Seit etwa einem Jahr betreibt Inge Hannemann die Seite Altona abloggt. [...] Im Jobcenter selbst weigert sie sich, Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger zu verhängen, ihnen die Leistungen

noch weiter zu kürzen. Inge Hannemann ist Angestellte des Jobcenters – und fordert die Abschaffung der Sanktionen, die sie selbst verhängen soll [...] Dabei gehört das zum System: Verletzt ein Leistungsempfänger seine Pflichten, wird er sanktioniert. So steht es im Sozialgesetzbuch II. Versäumt er einen Termin beim Jobcenter, können seine Leistungen um 10 Prozent gekürzt werden. Will er eine Arbeitsstelle nicht anneh-

men, kann das Jobcenter die Leistungen um 30 Prozent kürzen, beim zweiten Mal sogar um 60 Prozent. Die Sanktionen stellen für viele Menschen eine „existenzielle Bedrohung“ dar, sagt Inge Hannemann. „Man kann die Leistungen bis hin zu Obdachlosigkeit und Hunger herunterkürzen...“

Quelle: wiwo.de



IN DIESER AUSGABE:

Hartz IV verletzt Grundrechte / Zehn Jahre unsoziale Politik	2
Gerechtigkeit - Vom Wertewandel eines Wortes	2
Gesundheitswesen: Ärztliche Hilfe als Geschäftsmodell?	2
Hohes Verarmungsrisiko Jugendlicher	2
Studenten wollen keine Werbeauftritte von de Maizière	2
Hartz IV verstößt gegen internationales und nationales Recht	3
Senden, wenn keiner zuschaut	3
Die Würde des Menschen ist unauffindbar	3
Rheinfelder Montagsdemo 2012	4

Schärfere Kontrollen bei kranken Hartz IV-Beziehenden

Als „völlig kranke Weisung der BA“ hat Martin Behrsing, der Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland, die jüngste Weisung der Bundesagentur für Arbeit (BA) bezeichnet, wonach kranke Hartz IV-Beziehende schärfer kontrolliert werden sollen.

Der Weisung zur Folge sollen Sachbearbeiter in den Jobcentern Krankmeldungen stärker überprüfen und bei Verdacht den medizinischen Dienst einschalten. Dieser soll dann pro Überprüfung zwischen 130 und 260 Euro erhalten.

„Ein derartiges Misstrauen gegenüber Hartz IV-Beziehenden und der gleichzeitigen Verschwendung von Steuermitteln ist völlig unangebracht und geht an der Sache völlig vorbei“ ergänzte Behrsing weiter.

Dazu Martin Behrsing, Sprecher des Erwerbslosen Forum Deutschland:

„Die jüngste Weisung zeigt



erneut, dass es anscheinend wieder an der Zeit ist, um eine neue Hetzkampagne gegen Hartz IV-Beziehende zu starten. Dazu eignet sich die „Bild“-Zeitung als Veröffentlichungsmedium immer wieder hervorragend.

Gleichzeitig erstaunt uns schon ein solcher neuer Druck und Misstrauen gegenüber kranken Menschen.

Einen Anlass dazu sehen wir nicht. Eine solche kranke Weisung zeigt uns, wie unsensibel die BA mit kranken Menschen umgeht. Gerade Menschen in Armut sind signifikant häufiger krank. Das

betrifft auch psychische und psychosomatische Erkrankungen. Den Machern einer solchen Weisung scheint hier ein Stück Realität abhanden gekommen zu sein. Das macht die Jobcenter weit unmenschlicher als sie derzeit schon sind.

Wir erleben seit einiger Zeit in unseren Beratungen, dass Menschen immer häufiger Angst vor Terminen in den Jobcentern haben, weil sie sich als Menschen zweiter Klasse behandelt fühlen. Es wird Zeit, dass sich die BA darüber ernsthaft Gedanken macht, anstatt eine neue Sau durchs Dorf zu treiben.“

Erwerbslosen Forum Deutschland
 Pressesprecher: Martin Behrsing
 Schickgasse 3
 53117 Bonn
 Tel.: 0228 2495594
 Mobil: 0160 99278357
 Fax: 0228 18019099
 redaktion@erwerbslosenforum.de
 www.erwerbslosenforum.de

Hartz IV verletzt Grundrechte / Zehn Jahre unsoziale Politik



Was kritisieren Sie an den Hartz-IV-Gesetzen?

Sie schränken die Grundrechte der Menschen ein und stellen somit eine in ihrem Kern demokratiefeindliche Gesetzgebung dar. Die Leistungsberechtigten sind erpressbar durch die Sanktionen. Sie dürfen ihre Stadt nicht verlassen, sie werden gezwungen, fast jeden Job anzunehmen. Der in der Verfassung festgeschriebene Sozialstaat wird durch Hartz IV abgebaut, das betrifft uns alle egal, ob wir erwerbslos sind oder

erwerbstätig. Jeder dieser Einzelpunkte gefährdet die Errungenschaften des Grundgesetzes.

Quelle: Linksfraktion
Von Christoph Butterwegge
Reihe «Analysen».

Rund um das 10. Agenda-2010-Jubiläum ist eine richtige Schlacht um die Deutungshoheit im Hinblick darauf entbrannt, ob die Agenda-Politik ein Segen für Deutschland und seinen Arbeitsmarkt oder ein umfassendes Regierungsprogramm zur Pauperisierung, Prekarisierung und sozialen Polarisierung war. Die sozialdemokratischen Hauptrepräsentanten der

Agenda 2010, etwa Gerhard Schröder, von manchen als «Gazprom-Gerd» verhöhnt, und Wolfgang Clement, mittlerweile zum FDP-Wahlkämpfer herabgesunken, tourten quer durch die Bundesrepublik und deren Medienlandschaft, um sich dafür selbst zu loben und ihre angeblichen Erfolge im Rahmen des Agenda-2010-Jubiläums noch einmal gemeinsam mit den mächtigsten und feinsten Kreisen der Gesellschaft, die von ihren Reformen teilweise in barer Münze profitiert haben, zu feiern.

Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gerechtigkeit – Vom Wertewandel eines Wortes

“Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. In-

halt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.”
Dieser Programmauszug stammt nicht aus einer zeitgenössischen linken Feder

auf der Höhe der europäischen Banken- und Schuldenkrise, sondern von christlichen Sozialisten aus der Gründerzeit der alten Bundesrepublik. Wir schreiben das Jahr 1947 mit dem “Ahlener Programm” der CDU.

Quelle: dradio

Gesundheitswesen: Ärztliche Hilfe als Geschäftsmodell?

Wir leben in einer Zeit, in der die Medizin von Grund auf transformiert wird. Aus einer genuin sozialen Praxis soll die Medizin in einen Gesundheitsmarkt verwandelt werden. Konzepte, die eigentlich nur für die Indust-

rie gedacht waren, werden zunehmend über alle Bereiche der Gesellschaft gestülpt. Längst hat vor allem in den Kliniken ein Denken eingesetzt, das stärker vom Managementdenken als vom medizinischen Denken

geprägt ist. Aber worin besteht eigentlich der Unterschied? Wie verändern die ökonomischen Leitkategorien das Denken in der Medizin?

Quelle: aerzteblatt.de

Hohes Verarmungsrisiko Jugendlicher

Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit hat bisher nichts daran ändern können, dass Jugendliche ein überdurchschnittliches Verarmungsrisiko haben. Im Dezember 2012 wurden trotz relativ guter Arbeitsmarktsituation über 250.000 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren ge-

zählt, doch auf Hartz IV angewiesen waren etwa drei Mal so viele junge Menschen in dieser Altersgruppe. Eine nicht gerade kleine Minderheit der Jugendlichen wächst im Hinterhof der Wohlstandsgesellschaft auf. Längst nicht alle zählen offiziell als arbeitslos. Die gesellschaftli-

chen und sozialen Herausforderungen bei der Integration der Jugendlichen sind beachtlich und gehen weit über die Zahl der registrierten Arbeitslosen und Ausbildungssuchenden hinaus. Dies gilt insbesondere für großstädtische Regionen.

Quelle: DGB arbeitsmarkt aktuell

Studenten wollen keine Werbeauftritte von de Maizière

Verteidigungsminister de Maizière wurde an der Berliner Humboldt-Uni ausgebuht. An den Unis regt sich seit Langem Widerstand gegen Militär und Rüstungsforschung... Vor ein paar Jahren drehte sich die Kritik von Studenten noch hauptsächlich um Bildungspolitik.

Einen Höhepunkt erreichten sie im Jahr 2009, als bundesweit Hörsäle besetzt waren und ein “Bildungsstreik” ausgerufen wurde. Damals ging es hauptsächlich um unmittelbare studentische Interessen, um Themen wie Studiengebühren, Bologna-Reform, finanzi-

elle Ausstattung der Hochschulen. Jetzt, wo die Studiengebühren flächendeckend gefallen sind, zuletzt in Bayern per Volksbegehren, scheint man sich wieder zunehmend gesamtgesellschaftlichen Themen zuzuwenden.

Quelle: Die Zeit



Hartz IV verstößt gegen internationales und nationales Recht

In der anhaltenden und an Schärfe zunehmenden Diskussion um die rechtliche Bewertung des SGB II (Hartz IV) wird ein unabdingbarer juristischer Grundsatz nicht ausreichend berücksichtigt. Dieser lautet: Höheres Recht bricht niedrigeres Recht (lex superior derogat legi inferiori)! Im Rechtskreis des SGB II findet dieser

Grundsatz keine Anwendung, eine Entwicklung, die eindeutig die Prinzipien jeder Rechtsstaatlichkeit außer Kraft setzt – rechtswidrig, wie sich zeigen wird, nationales wie internationales Recht eindeutig verletzend. In dem vorliegenden Exkurs wird der Nachweis geführt, dass niedriges Recht (das SGB II) schon in seinen Grundzügen sich unerlaubt und ohne Rechtferti-

gung gegen höheres Recht stellt und das in einem derart erschreckenden Ausmaß, dass die Zeit gekommen ist, sich auch auf gerichtlichem Wege dagegen zur Wehr zu setzen. Dort wo der Rechtsstaat disponibel wird, systematisch und politisch gewollt, dort ist die Preisgabe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bereits auf den Weg gebracht

Quelle: Norbert Wiersbin



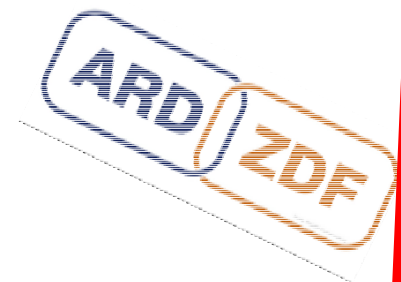
Senden, wenn keiner zuschaut

Investigativer Journalismus findet in der ARD vor allem nach 23 Uhr statt. Eine Erkundung. In der neuen ZDF-Mediensatire "Lerchenberg" stellt der Protagonist Sascha Hehn in einer markanten Szene Sendungen erst gegen Mitternacht laufen, wenn keiner mehr zuschaut: "Und wenn keiner guckt, ist es auch kein Fernsehen." Abseits von Satire und Zuspitzung gibt es

tatsächlich zu denken, dass so gut wie sämtliche politisch brisanten Dokumentationen in der ARD erst gegen ca. 23 Uhr beginnen ... Am 8. April etwa sendete die ARD die Reportage "Tod für die Welt – Waffen aus Deutschland" ... Sendetermin für diese brisante Dokumentation, die einflussreichen Leuten in Regierung und Industrie auf die Füße tritt: 23:30 Uhr. Die marginale Einschaltquote

von 0,9 Millionen Zuschauern überraschte da kaum. Auf besserem Sendeplatz um 21 Uhr lief derweil eine Reportage über den "Gentleman-Playboy Gunter Sachs" ...

Quelle: Telepolis



Die Würde des Menschen ist unauffindbar

Zur Reise eines öffentlichen Soziologen durch das Land der Tafeln und Suppenküchen... Für viele ist Hartz IV die existentielle Entlassungsurkunde aus der Mehrheitsgesellschaft. Früher oder später überschreiten sie eine magische Grenze, hinter der sich die Tafeln als vermeintlich letzte Lösung aufdrängen. Gerne werden deshalb Hartz IV-Empfänger von Behörden auf die Tafeln verwiesen. Doch allein beim Gedanken an eine

Tafel legen die meisten einen inneren Schalter um. Das eigene Leben rattert durch die imaginäre Rechenmaschine des sozialen Vergleichs. Am Ende wird ein tristes Ergebnis ausgespuckt: versagt! Die Tafeln mögen ein logistisches Erfolgsmodell sein, weil sie es schaffen, Lebensmittel von A nach B zu transportieren und auszugeben. Aber trotz all dieser Bemühungen wird konsequent übersehen, dass Tafeln zu einem Symbol des sozialen

Abstiegs geworden sind, das den gesellschaftlichen Misserfolg derjenigen schonungslos offenlegt, die bei Tafeln euphemistisch "Kunden" genannt werden. Und diese Menschen überlegen sich dann, was eigentlich mit ihnen passiert ist. Immer wieder hörte ich diese Klage: Wir stehen vor der Tafel, aber wir stehen auch vor dem Abgrund unseres eigenen Lebens.

Quelle: Telepolis



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisia.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden 4. Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im Nelli Nashorn in Lörrach, Tumringer Str. 248 um 20:00 Uhr
- Partei „**Die Linke**“ - Ortsverband Lörrach trifft sich zum politischen Stammtisch - jeden 3. Mittwoch im Monat, 20:15 Uhr, „Pizza-Kebab-Treff“, Tumringer Str. 213. Jeder der Interesse hat ist herzlich willkommen. Weitere Termine unter: <http://dielinke-loerrach.de/>



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell

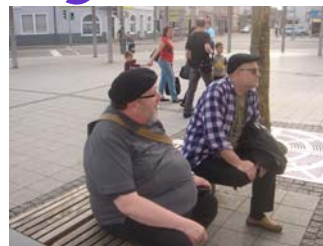


Viel zu kühl war der April, genau wie die politische Lage. Krisen über Krisen wo man hinschaut. Wo bleibt der Aufschrei der Bevölkerung in Deutschland? In Europa, auch in Deutschland treiben nationale Kräfte ihr Unwesen. Eine gefährliche Situation ist entstanden, die Spaltung der Menschen in Europa wird damit forciert, dem müssen wir Einhalt gebieten. Es ist unser Europa und nicht das der Konzerne und Banken. Auch dafür stehen wir

montags in Rheinfelden. Die Teilnahme an unseren Montagsdemos lässt noch zu wünschen übrig. Deshalb haben wir seit letztem Jahr unseren jährlichen Workshop zur Verbesserung unserer politischen Arbeit. Der diesjährige Workshop war konstruktiv mit vielen guten Vorschlägen. Dies gilt es nun in die Tat umzusetzen.



Wir werden alle vier Wochen ein Montagsdemo durchführen und diese qualitativ besser vorbereiten. Themenbezogene Veranstaltungen sollen mehr Menschen



aus der Region die Möglichkeit bieten ihren Unmut und Protest öffentlich zu machen.

Es stehen dieses Jahr Bundestagswahlen an. Dies gibt uns die Möglichkeit mit den Kandidaten ins Gespräch zu kommen. Mal sehen, was uns da alles wieder versprochen wird? Der Kandidat der „Linken“ hat sich unseren



Fragen gestellt. Weitere Gespräche sind in Aussicht gestellt worden. Viele Forderungen der Montagsdemo sind im Wahlprogramm der Linken enthalten.



Die zunehmende Verarmung vieler Schichten der Bevölkerung, nicht nur bei Hartz IV Empfängern, ist alarmierend. Unser Ziel ist es mehr Menschen zum zivilen Ungehorsam zu bewegen. Nur der Druck der Straße übt auch Druck auf die Politik aus. DDR 1989 ist ein gutes Beispiel.